



Einsatz der Bundeswehr gegen die Terrororganisation IS

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

der Bundestag hat für den Einsatz der Bundeswehr in Syrien gestimmt. In meiner noch kurzen Zeit als Abgeordneter war dies die schwerste Entscheidung, die ich bisher zu treffen hatte. Zahlreiche Zuschriften mit den verschiedensten Sichtweisen haben mich erreicht, die mich sehr nachdenklich gestimmt haben. Deshalb habe ich sehr viele Gespräche geführt und sehr sorgfältig alle Argumente gewogen. Letztlich bin ich zu dem Entschluss gekommen, dem Mandat für den Einsatz der Bundeswehr zuzustimmen.

Ich habe großen Respekt für alle Kolleginnen und Kollegen, niemand hat sich die Entscheidung leicht gemacht. Denn es gehört zur Wahrheit: Sowohl Handeln wie auch Nicht-Handeln haben Leid und Tod zur Folge. Mir ist bewusst, dass einige, vielleicht sogar viele anders entschieden hätten. Deshalb möchte ich meine Gründe erläutern:

Fast 300.000 Tote und zwölf Millionen Flüchtlinge: Das ist die traurige Bilanz des seit fast fünf Jahren andauernden Bürgerkriegs in Syrien. Syrien als Staat hat in seiner ursprünglichen Form aufgehört zu existieren. Weite Teile des Landes befinden sich unter Kontrolle des sogenannten „Islamischen Staates“, der in seinem Herrschaftsgebiet ein Terrorregime etabliert hat und von dort aus Anschläge in der Region und darüber hinaus organisiert. Die jüngsten Attentate von Ankara, Beirut, Tunis, auf dem Sinai und in Paris ziehen eine Blutspur vom Nahen und Mittleren Osten bis nach Europa.

Dabei richtet sich der IS-Terror gegen die offene Gesellschaft und gegen alle, die frei und ohne staatliche, ideologische und religiöse Bedrängnis leben wollen. Er richtet sich gegen Christen und Atheisten, gegen Juden und Muslime. Die Anschläge vom 13. November 2015 in Paris galten nicht nur Frankreich, sondern uns allen. Ich glaube auch nicht, dass das Fußballspiel Frankreich-Deutschland zufällig als Ziel gewählt wurde – auch deutsche Fußballfans sollten getroffen werden. Jetzt ist die Solidarität aller Europäer gefordert. Frankreichs Präsident Hollande hat Deutschland gebeten, sich auch mit militärischen Mitteln der internationalen Allianz von insgesamt 64 Staaten in ihrem Kampf gegen den IS anzuschließen. Übrigens einer Allianz, der wir aus guten Gründen schon von Beginn an angehören. Neu ist nicht der Beitritt zu der internationalen Allianz, neu ist die Bereitschaft zu militärischem Vorgehen.

Diese Solidarität ist nicht nur wichtig, weil Frankreich unser engster Verbündeter in Europa ist, sondern auch weil die europäische Idee in einer schweren Krise steckt: Wir erleben, wie sich die Staaten Osteuropas (namentlich Ungarn, Polen, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Tschechien) immer weiter von dem entfernen, was Europa für mich ausmacht: eine Wertegemeinschaft, die einer gemeinsamen demokratischen Überzeugung folgt, die auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität fußt. Die erste Amtshandlung der neuen polnischen Regierung war es, die Europafahne

abzuhängen. Ein Alarmsignal! Auch in Ungarn und Dänemark haben rechtspopulistische Parteien die Regierung übernommen, in Frankreich erstarkt der Front National, Großbritannien wird nächstes Jahr über den Austritt aus der Europäischen Union abstimmen. Ich fasse zusammen: Diejenigen, die an ein Europa ohne Grenzen glauben, müssen zusammenstehen. Wenn wir Solidarität in der Flüchtlingsfrage einfordern, müssen auch wir Solidarität leben.

Der Deutsche Bundestag hat nach ausführlicher Debatte mit großer Mehrheit dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, militärische Fähigkeiten im Kampf gegen den IS bereitzustellen. Dieser Einsatz ist völkerrechtlich legitimiert. Deutschland unterstützt Frankreich, den Irak und andere Länder im Kampf gegen den IS auf Grundlage des Rechts der kollektiven Selbstverteidigung, wie es in Artikel 51 der VN-Charta zum Ausdruck gebracht wird. In mittlerweile drei Resolutionen hat der VN-Sicherheitsrat festgestellt, dass der IS weltweit eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit ist - zuletzt in der Resolution 2249 vom 20. November 2015. Darin hat der Sicherheitsrat nach den Anschlägen von Paris die Staatengemeinschaft aufgerufen, alle notwendigen Maßnahmen gegen diese Bedrohung zu ergreifen. Ebenfalls nach den Anschlägen von Paris hat sich Frankreich als erster Mitgliedstaat der EU auf die Beistandsklausel in Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages berufen.

Zum militärischen Engagement Deutschlands werden Aufklärungs- und Luftbetankungsflugzeuge gehören, sowie eine Fregatte zum Schutz eines französischen Flugzeugträgers. Das Ziel dieses Mandates ist klar umrissen: Es geht darum, den IS zu bekämpfen und seine Rückzugsräume zu zerstören. Wenn wir nicht verhindern, dass sich der IS noch weitere Teile Syriens einverleibt, dann wird in Syrien nichts übrig bleiben, was wir befrieden und durch einen politischen Prozess in eine andere Zukunft überführen können. In einem Jahr könnten wir mit all diesen Überlegungen möglicherweise zu spät kommen. In einem Jahr gibt es vielleicht auch für eine Opposition, die in Syrien noch vorhanden und aktiv ist, möglicherweise nichts mehr zu bestellen und auszurichten. Auch davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Deshalb ist ein einfaches und kategorisches Nein zu jeder militärischen Auseinandersetzung mit dem IS kein Beitrag zur Sicherung Syriens und der Zukunft Syriens.

Gleichwohl bin ich als Sozialdemokrat fest davon überzeugt, dass es für den Syrienkonflikt letztlich nur eine politische Lösung geben kann. Der politische Prozess steht für uns weiterhin im Vordergrund. Das militärische Handeln wird in diesen politischen Prozess eingebettet sein. Hierfür setzt sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit ganzer Kraft ein. Mit Hilfe der Vereinten Nationen und ihrem Sonderbeauftragten Staffan de Mistura soll eine politische Lösung erarbeitet werden. Aber wir müssen auf mehreren Ebenen Antworten geben. An erster Stelle stehen natürlich politische Verhandlungen zur Konfliktlösung. Zweitens brauchen wir eine regionale Stabilisierung, und drittens sind zurzeit auch noch militärische Mittel notwendig.

Am 30. Oktober und 14. November 2015 kam es in Wien erstmals zu einer Zusammenkunft aller regionalen Akteure, sogar mit dem Iran und Saudi-Arabien, aber auch mit Russland und den USA. Dass es gelungen ist, die genannten Länder an einen Tisch zu holen, ist auch ein Erfolg der deutschen und europäischen Diplomatie. Hier wurden die Weichen für einen Fahrplan gestellt, den Syrienkonflikt politisch zu lösen und dem Morden endlich Einhalt zu gebieten. Noch in diesem Monat soll eine dritte Folgekonferenz in New York stattfinden mit dem Ziel, ab Januar einen Waffenstillstand in Syrien zu erwirken.

Bereits am 15. August 2014 hat der UN-Sicherheitsrat einstimmig mit der Resolution 2170 unter Kapitel VII der VN-Charta Maßnahmen gegen den IS, Al-Qaida und mit ihnen verbündete Terrorgruppen beschlossen. Insbesondere die Anwerbung und Ausreise von ausländischen terroristischen Kämpfern nach Syrien muss unterbunden werden. Ebenso müssen die Maßnahmen zur Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus konsequent und von allen Staaten angewendet werden. Der illegale Verkauf von Öl und anderen Ressourcen sowie der ungehinderte Finanzzufluss an den IS – oftmals durch staatliche Institutionen geduldet oder gar organisiert – muss mit allen Mitteln gestoppt werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich der IS-Terror zu einem „Kampf der Kulturen“ entwickelt. Nach wie vor sind die meisten Opfer des IS Muslime. Die Anschläge von Paris dürfen nicht dazu instrumentalisiert werden, gegen Flüchtlinge zu hetzen und Muslime auszugrenzen. Im Gegenteil: Unsere Anstrengungen zur Integration insbesondere junger Muslime müssen gesteigert werden, um Parallelgesellschaften und Ghettobildung zu verhindern. Ebenso müssen ausländische Kämpfer daran gehindert werden, in die Kriegsgebiete ein- und auszureisen. Es ist Aufgabe des Rechtsstaates, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorzugehen.

Nur durch diesen gesamtpolitischen Ansatz wird es möglich sein, das terroristische Treiben des IS einzudämmen und damit künftig Terroranschläge zu verhindern oder zumindest zu erschweren. In Anbetracht der über sechs Millionen Binnenflüchtlinge und über vier Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern und in Europa müssen wir weiterhin humanitäre Hilfe und die sogenannte Übergangshilfe leisten. Seit 2012 hat Deutschland über 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Durch die Initiative von Bundesminister Frank-Walter-Steinmeier ist es gelungen, dass auch weitere Staaten ihre Ausgaben für die Flüchtlingshilfe in der Region erhöht haben. Im Haushalt 2016 haben wir den Ansatz für Humanitäre Hilfe und die zivile Krisenprävention um über 400 Millionen Euro aufgestockt. Wir werden unser Engagement für die Flüchtlinge und Hilfsbedürftigen in der Region in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und den Organisationen vor Ort fortzusetzen und - wo möglich und nötig - verstärken.

Zuletzt möchte ich auf die Sorge eingehen, die viele Bürgerinnen und Bürger in ihren Zuschriften umtreibt: Wenn wir jetzt in diese militärische Auseinandersetzung einsteigen, werden wir dann nicht zur Zielscheibe des Terrors? Meine Antwort umfasst zwei Punkte: Deutschland stand bereits im Fokus der Terroristen. Und: Eine Politik des Abschottens und des Verweigerns in der Hoffnung darauf, dass die Terroristen bei unseren Nachbarn zuschlagen, ist nicht meine Idee der europäischen Solidarität.

Ich bin mir bewusst, dass ich mir mit meiner Zustimmung zum Bundeswehreinsatz nicht nur Freunde machen werde. Aber ich bin der Überzeugung, dass es richtig ist, so zu handeln. Viele von Euch haben mich in den letzten Tagen mit ihrer Sicht der Dinge darin bestärkt, andere haben mir ihre berechtigten Sorgen vorgetragen. Ich hoffe, dass ich Ihnen meine Beweggründe für meine Entscheidung näherbringen konnte.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

